

# Die Grünen im Fünfparteiensystem und die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft

Vorschläge für die Konturierung  
eines künftigen politisch-programmatischen  
Profils der Grünen

von Hubert Kleinert

*»Tatsächlich wären für die links-bürgerlichen Grünen mit einer neuen rot-rot-grünen Lagerbildung erhebliche politische Profilierungsprobleme verbunden.«*

Keine Frage: Mit der Entstehung des Fünfparteiensystems in Deutschland ist auch neues Interesse an den Grünen erwacht. Die Rolle der Partei hat sich objektiv verändert. Wenn Große Koalitionen nicht Dauerzustand werden sollen und es für schwarz-gelbe Mehrheiten nicht reicht, wird es künftig stark von ihnen abhängen, welche Regierungsbildungen noch möglich sind. Entsprechend sieht sich die Partei fast ohne eigenes Zutun derzeit heftig umworben. In Hamburg hat die Union für die erste schwarz-grüne Regierungsbildung auf Länderebene hohe politische Preise gezahlt. Und sogar in Hessen scheinen die Zeiten der konfrontativen Lagerzuspitzung vorbei: Auch hier sucht Roland Koch mit ungewohnt selbstkritischen und versöhnlichen Tönen Verständigungsmöglichkeiten mit der Ökopartei.

## **Entscheidend ist die stärkere Betonung der inhaltlichen grünen Eigenständigkeit**

Gefördert wird diese Entwicklung durch Schwächen der Sozialdemokraten. Das

strategische und politisch-kommunikative Desaster, das Beck und die hessische SPD-Führung mit ihren dilettantisch angelegten Versuchen einer Öffnung zur Linkspartei angerichtet haben, hat nicht nur den Prozess einer Erholung der SPD gestoppt, der nach dem Hamburger Parteitag zu beobachten war. Er hat auch die grünen Partieliten massiv irritiert und ernsthafte Fragen nach der mittelfristigen Strategie- und sogar Regierungsfähigkeit der SPD aufkommen lassen. Wenn aber nicht nur arithmetische Wahrscheinlichkeiten für rot-grün im Fünfparteiensystem deutlich gesunken sind, sondern sozialdemokratisch geführte Regierungen insgesamt aufgrund von Schwächen des SPD-Führungspersonals für die Grünen unattraktiv geworden sind, stellen sich für sie, unabhängig von der bekannt größeren programmatischen Nähe zur Sozialdemokratie, viele strategische Fragen neu. Zumal die Mehrheit der Partielite der rot-rot-grünen Option mit einiger Skepsis gegenübersteht. Nicht nur, dass die Grünen eine Wiederholung des politischen Desasters fürchten, das Andrea

*»Die Wahlsoziologie zeigt, dass selbst ein Großteil der Wähler der Linkspartei nicht wirklich überzeugt ist, dass ihre Partei ein umsetzbares Programm besäße; man wählt sie dennoch, weil wenigstens Unmut und Protest artikuliert werden sollen.«*

Ypsilanti in Hessen erlebt hat. Auch die mit einer solchen polarisierenden Mehrheitsbildung verbundene neue Lagerbildung wird von Manchen mehr gefürchtet als herbeigesehnt. Tatsächlich wären für die linksbürgerlichen Grünen mit einer neuen rot-rot-grünen Lagerbildung erhebliche politische Profilierungsprobleme verbunden. Da freilich auch eine zu weitgehende Öffnung in die Mitte für die Partei hochriskant ist, sucht sie folgerichtig den Ausweg in einer stärkeren Betonung ihrer inhaltlichen Eigenständigkeit. So will man den Bundestagswahlkampf 2009 ohne feste Koalitionsaussage angehen. In der derzeit absehbaren Stimmungslage läuft dies praktisch darauf hinaus, dass die Variante einer »Jamaikakoalition« zwar nicht angestrebt, aber auch nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist. Da sich die Frage rot-rot-grüner Mehrheitsbildungen im Bund jedenfalls 2009 nicht stellen wird, könnte es sein, dass es am Ende die Grünen sind, die darüber befinden, ob die Große Koalition in Berlin auch in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt wird.

### **Die Sozialdemokratie gerät unter Druck**

Diese Entwicklung ist insoweit überraschend, als sie zusammenfällt mit einer wahrnehmbaren Linksverschiebung der politischen Agenda. Der Aufstieg der Linkspartei ist ebenso Ausdruck wie Promotor dieser Entwicklung. Nie zuvor seit den fünfziger Jahren ist die Soziale

Marktwirtschaft von gesellschaftlichen Mehrheiten so kritisch beurteilt worden wie in jüngster Zeit. Längst haben wir es mit einer Entkoppelung von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung zu tun. Das für den Erfolg der Nachkriegsdemokratie und ihrer Wirtschaftsverfassung zentrale Empfinden eines engen Zusammenhangs von wirtschaftlichem Wachstum und seinem Nutzen für die Mehrheitsgesellschaft einschließlich der Masse der Arbeitnehmer ist der Wahrnehmung einer aus den Fugen geratenen sozialen Symmetrie gewichen. Danach profitierten nur noch Minderheiten von den Segnungen der globalisierten Ökonomie, während sich alle Politik zusehends als unfähig erweise, echte Steuerungsleistungen im Dienste des sozialen Ausgleichs zu erbringen. So jedenfalls lautet das Urteil von Wählermehrheiten, die dafür gewichtige Belege vorweisen können: Tatsächlich ist das verfügbare Realeinkommen des durchschnittlichen Arbeitnehmers seit Anfang der neunziger Jahre nicht unbeachtlich gesunken. Und der Hinweis, dass dafür wenigstens das Telefonieren billiger geworden sei, vermag allenfalls Minderheiten von den Segnungen der globalisierten Welt für die deutschen Durchschnittsverdiener zu überzeugen.

Da sich in diesen skeptischen Grundeinstellungen eine Vielzahl realer Erfahrungen widerspiegeln, ist der Elitendiskurs des letzten Jahrzehnts, der in immer neuen Wellen von Ruckreden die Mehrheitsgesellschaft von neuen

Anstrengungen zur Mobilisierung des Kreativitätspotentials der deutschen Gesellschaft im Kampf um die Märkte der Zukunft zu überzeugen sucht, nur partiell angekommen. Der damit verbundene Zweifel an der Glaubwürdigkeit der vielen Versprechungen von den »Chancen der Globalisierung« ist freilich nicht von der Vorstellung irgendeiner plausiblen Alternative begleitet. Die Wahlsoziologie zeigt, dass selbst ein Großteil der Wähler der Linkspartei nicht wirklich überzeugt ist, dass ihre Partei ein umsetzbares Programm besäße; man wählt sie dennoch, weil wenigstens Unmut und Protest artikuliert werden sollen.

Aus dieser Kombination von latentem Unmut gegenüber der Politik und dem Fehlen glaubwürdiger Alternativen erwächst eine labile Stimmungslage, die unterschiedliche politische Ausdrucksformen annimmt: Letztlich abgeleitete Streitfragen wie die Hartz-Sozialreformen werden zu symbolisch hoch aufgeladenen Konfliktfeldern, relevante Teile der Wahlbürgerschaft verabschieden sich von den öffentlichen Angelegenheiten, manche entwickeln gar aggressive Formen des Ressentiments gegenüber jeder Politik, wieder andere verlagern politisches Engagement auf andere Felder, wo Einflussnahme noch möglich scheint.

### **Ursachen für die Schwäche der Sozialdemokratie**

Angesichts der überragenden Rolle, die das gestörte Gerechtigkeitsempfin-

*»Der sozialdemokratische ›Verratsvorwurf‹ gegen schwarzgrüne Öffnungen entwertet sich schließlich schon durch das Berliner Beispiel weitgehend selbst.«*

den und der Eindruck realer Einflusslosigkeit von Politik bei den entscheidenden wirtschaftlichen und sozialen Weichenstellungen heute hat, muss die aktuelle Schwäche der Sozialdemokratie zunächst überraschen. Eine moderate politische Linksorientierung, die die Kräfte des sozialen Ausgleichs stärkt, ohne dabei die notwendige Stärkung der wirtschaftlichen Wachstumskräfte aus dem Auge zu verlieren, läge schließlich im Trend dieser Zeit und entspräche den Wünschen einer übergroßen gesellschaftlichen Mehrheit. Dass es den Sozialdemokraten gleichwohl nicht gelingt, davon zu profitieren, hat vor allem folgende Ursachen:

1. Die Sozialdemokratie hat – international – die Umbrüche seit dem weltgeschichtlichen Einschnitt von 1989/90 intellektuell wie politisch nicht wirklich bewältigt. Vor dem Hintergrund des Triumphs von Demokratie und Marktwirtschaft sind alle politisch-programmatischen Neuansätze zu sehr allein von der Aufnahme des liberalen Zeitgeists bestimmt gewesen. Dieser hat die Entstaatlichung und das Zurückschrauben sozialstaatlicher Leistungen in den Mittelpunkt gerückt hat, nicht aber die neuen Probleme weltwirtschaftlicher Regulierung und einer Bändigung der problematischen Wirkungen deregulierter Finanzmärkte.

2. Das politisch-programmatische Dilemma der deutschen Sozialdemokratie von heute verdankt sich in besonderer

Weise dem Politikverständnis der »Enkelgeneration«, die Politik viel zu sehr als mediale Kommunikationsaufgabe von einzelnen Politikdarstellern ohne feste Bindung an programmatische Ziele und konzeptionelle Entwürfe gesehen hat. Soweit es unter Führung der »Enkel« dennoch zu relevanten programmatischen Neuansätzen gekommen ist, folgten diese neben den Imperativen der Ökonomie vor allem einer Übernahme »lebensweltlicher« Reformen (zum Beispiel Frauen, Schwule, Ökologie), die ursprünglich aus dem Milieu der Grünen hervorgegangen sind. So sind von der Ära Schröder fast keine Ergebnisse geblieben, die als »ursozialdemokratisch« empfunden werden könnten: Liberale Arbeitsmarktreformen, grüne Projekte, realpolitische außenpolitische Weichenstellungen. Ein wahrnehmbares Bemühen um die Stärkung sozialer Bindungskräfte ist in der Ära Schröder nicht einmal symbolisch spürbar gewesen – allenfalls im Wahlkampf 2005, als Schröder sich im Wahlkampf selbst demütigte. All das hat die SPD letztlich dramatisch geschwächt.

3. Die SPD ist in der Nach-Enkel-Generation personell eher schwach besetzt. Im Vergleich sieht die Union hier deutlich besser aus. Bei den Sozialdemokraten verbinden sich politisch-programmatische mit subjektiven Schwächen.

4. Vor diesem Hintergrund gewinnt der Aufstieg der Linkspartei erst sein volles Gewicht. Könnte man sich die Links-

partei ohne das Erbe der DDR und das Chaospotential der linken Kleingruppen im Westen vorstellen, würden die Lafontaines & Co wahrscheinlich die Stimmungslage der SPD-Basis sogar eher treffen als die Steinmeiers und Steinbrücks. Gerade das aber macht die Krise der SPD so ausweglos. Als führende Regierungspartei ist sie in Berlin derzeit im Grunde kaum vorstellbar.

Weil das alles so ist, gewinnen die Veränderungen der Union seit dem Leipziger Parteitag und vor allem seit ihrer relativen Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2005 ihre besondere Bedeutung. Eine Union, die verstanden hat, dass mit neoliberalen Programmwürfen weder Wahlen zu gewinnen sind noch erfolgreiche Politik auf der Höhe der Zeit zu machen ist, wird mit inzwischen wieder deutlich stärker wahrzunehmenden sozialen Akzentsetzungen ein auf mittlere Sicht für Regierungsbildungen nur schwer wegzudenkender politischer Faktor. Das beeinflusst auch die Überlegungen der Grünen.

### **Vorschläge für zukünftige grüne Positionierungsfelder**

Vor diesem politischen Hintergrund müssen die Bemühungen der Grünen um die Konturierung ihres künftigen politisch-programmatischen Profils gesehen werden. Dabei ist die Partei zunächst in der komfortablen Position, dass sie als denkbarer Partner für alle möglichen politischen Konstellatio-

»Sollen Arbeitnehmer als Aktionäre ihre eigenen Einkommen absenken und Arbeitsplätze abbauen, um als Aktionäre höhere Gewinnerwartungen zu erzielen?«

nen in Betracht kommt, ohne dass ihr leicht der Vorwurf programmatischer Beliebigkeit und des machtpolitischen Opportunismus gemacht werden kann. Der sozialdemokratische »Verratsvorwurf« gegen schwarz-grüne Öffnungen entwertet sich schließlich schon durch das Berliner Beispiel weitgehend selbst. Wenn der Partei tatsächlich eine thematische Eigenprofilierung gelingen sollte, die eine soziale und damit moderat-linkspolitische Profilierung mit marktwirtschaftlicher Grundorientierung und machtpolitischer Offenheit halbwegs glaubwürdig verbindet, wird sie trotz aller absehbaren Kritik von ganz links mit passablen Aussichten in künftige Wahlkämpfe gehen können.

Dabei müssten die Grünen freilich neben ihren klassischen politischen Feldern der Energie- und Klimapolitik ein thematisches Feld besetzen, das jenseits moralischer Anklagereden gegen »Heuschrecken«, Profitgier und aus dem Ruder gelaufenen Managementeinkommen konzeptionell nirgends wirklich gut abgedeckt ist: Die soziale Flankierung der Globalisierung. Wo sich politische Debatten seit den neunziger Jahren viel zu sehr auf die Abarbeitung von Folgeproblemen gewachsenen Wettbewerbsdrucks auf das sozialstaatliche Leistungsniveau konzentriert haben, böte gerade die Bankenkrise Anlass, die Frage marktwirtschaftlicher Regulierung von Finanzmärkten neu anzugehen. Nach den jüngsten Äußerungen des Bundespräsidenten fragt man sich schon, warum von den Parteien dazu bislang so wenig zu hören war.

Auch die wohlmeinenden Vorschläge zur Arbeitnehmerbeteiligung an der betrieblichen Kapitalbildung leiden ja letztlich daran, dass sie den durch die Finanzmärkte erzeugten Druck auf die tendenzielle Entwertung der durchschnittlichen menschlichen Arbeitskraft nicht aufheben können. So einleuchtend es ist, wenn Arbeitnehmer an der Unternehmensrendite beteiligt werden sollen: Sollen Arbeitnehmer als Aktionäre ihre eigenen Einkommen absenken und Arbeitsplätze abbauen, um als Aktionäre höhere Gewinnerwartungen zu erzielen?


Die Gewinnmargen selbst sind doch im Bankenwesen zum Problem geworden, die atemlose Gier nach immer höheren Renditen, die zu immer waghalsigeren Operationen disponierte. Und wenn die immer weiter aufreißende Lücke zwischen Anstrengung, Leistung und Qualifikation einerseits und materieller Entlohnung andererseits künftig gar nicht mehr geschlossen werden kann, wird das Wertegerüst der Gesellschaft und auch der marktwirtschaftlichen Ordnung selbst Schaden nehmen. Es ist doch vor allem die Leistung, die sich in der Marktwirtschaft angeblich lohnen soll.

An solchen Schnittstellen zwischen Ökonomie und gesellschaftlichem Wertebewusstsein könnte eine Partei wie die Grünen auch ein neues Eigenprofil gewinnen, nachdem ihr das bei den wichtigen, aber letztlich »abgeleiteten« Streitfragen um die Regelsätze von Hartz IV und anderen sozialpolitischen Einzelfragen in den letzten Jahren eher selten ge-

lungen ist. Die Partei hat sich vor allem seit den neunziger Jahren wahrnehmbar von ihren eher ökosozialistischen Ursprüngen gelöst und programmatische Vorstellungen einer ökologischen Marktwirtschaft stark gemacht. Mit dem gesellschaftlichen Empfinden einer massiven sozialen Schieflage stellen sich freilich jetzt wieder vermehrt Fragen nach den Rahmenbedingungen des Marktes. Fragen, die auch den kulturellen Wertehaushalt der Gesellschaft berühren. Da die Grünen aufgrund ihrer Prägung durch akademisierte Mittelschichten eher einen sozialmoralischen Zugang zu Verteilungsgerechtigkeit und Beteiligungschancen haben, könnte gerade hier ein künftiges Profilierungsfeld liegen.



Prof. Dr. Hubert Kleinert lehrt Politikwissenschaft, Verfassungsrecht und Soziologie an der Verwaltungsfachhochschule des Landes Hessen in Wiesbaden

 Uns interessiert Ihre Meinung!  
Diskutieren und kommentieren Sie diesen Artikel auf: [www.berlinpolis.de](http://www.berlinpolis.de)